

Diskussion über die österreichische Flüchtlingswirklichkeit – es gibt keine Lobby

Kein Interesse für Asylanten

Von Bernd Vasari

■ Experten-Vorwürfe bei Asyl-Diskussion im Schauspielhaus.

■ Gesetze werden immer komplizierter, Sprachprüfungen sind unrealistisch.

Wien. „Man desintegriert und fordert dann Integration“, so die Politologin Sieglinde Rosenberger bei einer Podiumsdiskussion über die österreichische Asylpolitik im Schauspielhaus. „Österreich ist eine Arbeitsgesellschaft, in der sich der Einzelne sehr stark über seinen Beruf definiert. Durch das Defacto-Berufsverbot für Asylwerber ist es für denselben nicht möglich, ebenfalls über den Wert der Arbeit in der Gesellschaft einen Platz zu finden.“ Wolf Szymanski, ehemaliger Sektionsleiter im Innenministerium, spricht die fehlende politische Lobby der Flüchtlinge an, die aufgrund der Nichtberechtigung, zur Wahl zu gehen, von der Politik auch nicht vertreten werden. Weiters ist es derzeit stimmenbringend, wenn eine Partei für restriktivere Maßnahmen und Gesetze eintritt.

Und die Lebensgeschichte?

Ausgangspunkt der Veranstaltung vom Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (vidc) war die Einladung von Autorin und Menschenrechtsaktivistin Susanne Scholl. Sie las aus Texten, die auch in ihrem in drei Wochen erscheinenden Buch „Allein zu Hause“ Platz gehabt hätten, so Scholl. Die Autorin erzählt von den Lebensgeschichten und Lebensumständen österreichischer Flüchtlinge, die auch in Österreich ihre Opferrolle nicht loswerden. Die Behörden sind mit diesen Lebensgeschichten auch oft überfordert.

Die Obfrau des Vereins Asylkordinations Österreich, Anny Knapp, geht einen Schritt weiter und kritisiert die „insgesamt total



Das Leben von Flüchtlingen, wie hier der Komani-Zwillinge, ist selten ein Thema. Foto: apa

verfehlte Integrationspolitik“ als rigides System, in dem die Gesetze immer undurchschaubarer werden. „Man kann von den Behörden gar nicht mehr erwarten, dass sie verstehen, was sie umzusetzen haben“, ist sich die Expertin für Asylrecht sicher.

Die von der Bundesregierung eingeführte Rot-Weiß-Rot-Card ist für Scholl ein Fehlgriff.

„Die Hochqualifizierten werden woanders hingehen. Denn welcher Hochqualifizierte geht in ein Land, in das er nicht automatisch seine Familie nachholen kann?“, legt sie die Schwächen der Karte offen. Sie schlägt vor, dass mehr in die Bildung investiert werden muss. „Wenn wir die Kinder, die bereits hier sind, vernünftig ausbilden, dann haben wir ebenfalls Hochqualifizierte im Land.“

Szymanski dagegen sieht die Rot-Weiß-Rot-Card insgesamt als

positiv. „Wer in Österreich studiert hat und ein Jobangebot bekommt, wird automatisch bleiben dürfen.“ Anny Knapp betont wiederum: „Mit der Rot-Weiß-Rot-Card wird versucht, die migrantisches Bevölkerung auszutauschen.“ Es sei eine Änderung des Etiketts und keine Verbesserung. Die verpflichtenden Sprachprüfungen seien zudem unrealistisch.

Sieglinde Rosenberger weist auf die einseitige mediale Berichterstattung und auf die extreme Politisierung des Themas hin. „Die Medien berichten über alles, außer über Grundlegendes. Durch die Flut an Berichten glauben viele Bürger, dass sie sich auskennen.“ In Wirklichkeit kennt aber niemand die Lebensgeschichten der Asylwerber und keiner weiß, wer für den Asylbereich verantwortlich ist. „Neben der EU und dem Bund hat

auch jedes Bundesland eigene Regelungen für das Asylverfahren.“ Wolf Szymanski kennt dieses Problem ebenfalls. Er plädiert für ein EU-Asylsystem auf Kosten eines österreichischen Asylsystems. Auch die Dublin-Verordnung, mit der Asylwerber nur im Land der EU, das sie als Erstes betreten haben, einen Antrag stellen dürfen, soll laut dem Juristen gestrichen werden.

Erinnerung an die Mauer

Der ehemalige Sektionsleiter der Rechtssektion im Innenministerium hält zudem fest, dass Österreichs Asyltradition einmal hoch angesehen war. Vor dem Mauerfall war jeder Flüchtling aus dem Osten, der es in den Westen schaffte, ein Zeichen für die Überlegenheit des westlichen Systems. Der damalige Fluchthelfer war ein Held des Westens. Mittlerweile wurde die Bezeichnung Fluchthelfer in Schlepper ausgetauscht. ■



Muzicant kritisiert Schweigen zum „Tal der Wölfe“

■ Kultusgemeinde will islamische Kritik und Stopp des Films.

Wien. Der Kinostart des als antisemitisch kritisierten türkischen Actionfilms „Tal der Wölfe – Palästina“ hat wie berichtet für viel Aufregung gesorgt: Jüdische Vertreter orteten Verhetzung, Politiker forderten den Stopp der Ausstrahlung. Doch laut Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), fehlt Kritik von einer Seite: jener der „offiziellen Vertreter des Islams“. Er betont, das „laute Schweigen“ der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) sei „inakzeptabel“.

Für Muzicant ist der Kinostart am Holocaustgedenktag (27. Jänner) „eine weitere Provokation, die sich in eine Reihe stellen lässt mit den Hamas- und Hisbollah-Sympathiebekundungen (Fahnen) und den antisemitischen Transparenten bei den Demonstrationen 2010 in Wien“. Am 3. und 4. Juni 2010 hatten zwei „Anti Israel“-Demonstrationen anlässlich der israelischen Militäraktion gegen die Gaza-Hilfsflotte vom Mai 2010 aufgrund antisemitischer Botschaften zu einer Anzeige durch die IKG geführt. „Tal der Wölfe“ hat ebendiesen Angriff auf das türkische Hilfsschiff Mavi Marmara zum Inhalt. Muzicant sieht in der Zurückhaltung islamischer Vertreter rund um den Film einen weiteren Beweis, „dass die Islamische Glaubensgemeinschaft an keinem ehrlichen Dialog interessiert ist“, anders als es bei „Vertretern des demokratischen Österreichs“ oder „der muslimischen Zivilgesellschaft“ der Fall sei.

Für die Islamische Glaubensgemeinschaft ist die Kritik „absurd“. Sie weist „die Gewalt der Worte, mit der die IKG krampfhaft versucht, die IGGiÖ in ein antisemitisches Eck zu stellen, aufs schärfste zurück“, so IGGiÖ-Präsident Anas Schakfeh. Weder auf den Film noch auf dessen Start habe die IGGiÖ Einfluss. Man sei „keine Zensurstelle“. ■

■ Leserbriefe

„Die Sympathisanten des Neofaschismus“

Zum Beitrag von Peter Stiegnitz, 29. Jänner:

Peter Stiegnitz will Links- und Rechtsfaschismus nicht in einen Topf werfen. Vielleicht liegt das daran, dass man den Linksfaschismus umgangssprachlich auch als Kommunismus bezeichnet. Da dieser, oft getarnt, aber unbehelligt von den Wächtern der Moral auch als Partei mit Regierungsverantwortung in der „Wertegemeinschaft“ EU fortlebt, darf man ihn keineswegs ausklammern, wie Stiegnitz meint.

Vielleicht sollte er öfter über den Schwarzenberg gehen und angesichts des Denkmals der Roten Armee sich etwas über deren Verhalten gegenüber österreichischen Zivilpersonen, besonders Frauen, durch den Kopf gegen lassen.

Jürgen Jauch
4040 Linz

„Erste Euro-Anleihe ist ein Renner“

Zum Bericht der „Wiener Zeitung“, 26. Jänner:

Kommentatoren sind sich einig: Die Anleihen des Euro-Hilfsfonds sind ein voller Erfolg, da an den Finanzmärkten achtfach überzeichnet. Kunststück: Wie sollte das Emittieren einer absolut sicheren Anleihe denn sonst ausgehen?

Tragisch sind die Folgen. Das eingenommene Geld wird an nicht kreditwürdige Staaten weitergegeben, und die Rückzahlung der Anleihe müssen andere Länder übernehmen. Diese haben nur Nachteile – durch höhere Zinsbelastung –, und sie müssen Geld zurückzahlen, das sie nie bekamen.

Wahrlich ein Meisterstück der EU! Noch dazu entgegen dem ausdrücklichen Votum der Zahler-Länder.

Herbert Bauer
2542 Kottlingbrunn

Allzu rosiges Gedenken an Bruno Kreisky

Zum Glück verebben nun langsam die Lobhudeleien über den „Alten“, wie Bruno Kreisky mehr oder weniger liebevoll genannt wurde. Ein Redakteur der „Salzburger Nachrichten“ charakterisierte Kreisky sinngemäß als jemanden, der es verstand, Stimmungen und Strömungen in der Bevölkerung zu erfassen – anders ausgedrückt, er war ein Populist ersten Ranges. Einige Beispiele:

Gerade jetzt in der Bundesheer-Debatte klingt sein Sager sehr frisch in den Ohren: „Sechs Monate sind genug.“ Dass die Verkürzung des Präsenzdienstes letztlich nur zwei Wochen betrug (sechs Monate plus zwei Monate Kaderübungen), ging in der Öffentlichkeit unter.

Das Schuldenmachen war Kreisky nicht nur hinsichtlich der Arbeitslosigkeit

egal, sondern auch bei populistischen Erfindungen wie den „kostenlosen“ Wegwerf-Schulbüchern, mit deren großen Auflagen der SPÖ nahestehende Verlage bestens verdienten.

Als er bei der Wahl 1983 nur mehr eine relative Mehrheit erreichte, wollte er sich mit einer Minderheitsregierung „nicht lächerlich machen“. Dreizehn Jahre davor war ihm ein solches Wahlergebnis aber gut genug gewesen, um erstmals das Kanzleramt zu übernehmen.

In diesen dreizehn Jahren wuchs unter Kreiskys Führung eine rote Mafia heran, die Österreich mit einer Serie krimineller Skandale erschütterte (Lucona, AKH Wien, Noricum etc.).

Diese Liste zur glorreichen Zeit des „Sonnenkönigs“ könnte beliebig fortgeführt werden.

Thomas Führung
1180 Wien

„ÖBB bilden für Konkurrenz aus“

Zum Interview mit Christian Kern, 27. Jänner:

Der ÖBB-Generaldirektor Christian Kern scheint noch nie mit einem Railjet gefahren zu sein und glaubt die Aussagen seiner Werbeabteilung.

Der Komfort der Railjet-Waggons ist weit geringer als in den älteren Schnellzugwaggons: Die Sitzreihen sind teils enger als in Nahverkehrszügen, die Sitzlehnen sind nicht verstellbar, Ausstattung und Beleuchtung ungemütlich dunkel.

Einziger Vorteil des Railjet: Er ist für Tempo 230 zugelassen. Aber wo gibt es in Österreich eine Strecke für 230 km/h Höchstgeschwindigkeit?

Hoffentlich zwingt die Konkurrenz von Hans Peter Haselsteiner die ÖBB zu komfortableren Zügen.

DI Hubert Freistätter
2340 Mödling

Unsere Kinder brauchen Vorbilder

2011 wird das Jahr der Schulreform, droht man uns seit geraumer Zeit. Das heißt, „Experten“ und inkompetente Bildungspolitiker werden sich wichtig machen. Dabei fehlt es doch vor allem an gesundem Menschenverstand – und an wirklichen Vorbildern, an denen sich unsere Kinder aufrichten und messen können. Franz Welser-Möst oder Thomas Morgenstern wären zum Beispiel solche.

Dipl.-Päd. Walter Koren
4560 Kirchdorf

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.